

Stadtrat

Protokoll

SR-Nr: 5. Stadtratssitzung
Datum SR-Sitzung: 14. September 2020
Beginn: 19:00 Uhr
Schluss: 21:05 Uhr
Ort: Markthalle Burgdorf AG, Sägegasse 19, Burgdorf

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 36 und 37 vom 3. und 10. September 2020 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadtrates und Gemeinderates wurden zudem per Mail über die Aufschaltung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen informiert und zur Sitzung eingeladen.

Teilnehmer:

Stadtratspräsident	Peter von Arb
Stimmzähler	Franziska Maurer Roschi, Werner Weber
Mitglieder des Stadtrates	Roger Aebi, Yves Aeschbacher, Annemarie Althaus-Zingg, Gabriela Bannwart, Peter Biedermann, Tabea Bossard, Franziska Cottier, Urs Geiser, Thomas Gerber, Friedrich Gfeller, Yves Greisler, Thomas Grimm, Jürg Kämpf, Fabian Käsermann, Simon Kühni, Barbara Lüthi-Kohler, Adrian Merz, Philipp Schärf, Andreas Stettler, Anette Vogt, Ulrich von Känel, Sybille Zingg Righetti, Ian Thompson, Manfred Schaffer, Peter Hauser, René Marti, Christian Aebersold, Sabrina Rohrbach, Jürg Grimm, Damaris Hauser, Walter Bangerter, Simon Niffenegger, Karin Fankhauser, Esther Liechti, Urs Wüthrich, Debra Marti, Carmen Baumeler
Entschuldigt	-
Stadtpräsident	Stefan Berger
Mitglieder des Gemeinderates	Theophil Bucher, Charlotte Gübeli, Francesco Rappa, Beatrice Kuster Müller, Annette Wisler Albrecht, Christoph Grimm
Entschuldigt	Stadtschreiber Roman Schenk

Auskunftspersonen -

Protokoll Brigitte Henzi

Traktanden:

- Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 22. Juni 2020	3
- Informationen des Stadratspräsidenten	3
- Informationen aus dem Gemeinderat	4
- Sanierung Simon-Gfeller-Strasse; Kreditabrechnung	4
- Innenrohrsanierung 2018; Kreditabrechnung	5
- Kommissionsreglement; Änderung 2020	6
- Projektierungskredit Provisorium Schlossmatt	8
- Orientierung GPK; Ergebnisprüfung	12
- Auftrag FDP-Fraktion betreffend Ermöglichung des Gastrosommers in Burgdorf - Belebung der Gastbranche ohne zweite Coronawelle	13
- Auftrag SP-Fraktion betreffend Evaluation der Bewältigung der «ausserordentlichen Lage» durch die Volksschule Burgdorf	13
- Auftrag FDP-Fraktion betreffend die Öffentlichkeit der Stadtratssitzungen	16
- Auftrag Tabea Bossard-Jenni und Esther Liechti (EVP) betreffend Charta Sozialhilfe	18
- Postulat Esther Liechti-Lanz und Tabea Bossard-Jenni (EVP) betreffend Foodwaste in Grünabfuhr	18
- Postulat SP-Fraktion betreffend Gestaltung eines Bänkliweges in Burgdorf	20
- Dringliche Interpellation SP-Fraktion betreffend Verschlechterung der Chancengerechtigkeit in der Volksschule Burgdorf durch Covid-19	21
- Interpellation GLP-Fraktion betreffend Recycling oder Entsorgung	22
- Interpellation BDP-Fraktion betreffend Fahrzeuge mit strombasierten alternativen Antrieben	23
- Verschiedenes und Unvorhergesehenes	23

Appell

Der durch die Stimmzählerin Maurer Roschi Franca durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 40 Mitgliedern des Stadtrates (SR).

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Es erfolgen keine Änderungsanträge.

SRB: 2020-363 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 22. Juni 2020

Verhandlung

Seitens des SR werden keine Bemerkungen gemacht.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig das Protokoll der Stadtratssitzung vom 22. Juni 2020.

SRB: 2020-364 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Informationen des Stadtratspräsidenten

Verhandlung

Stadtratspräsident von Arb Peter begrüsst die Anwesenden zur vierten Sitzung im Jahr 2020 und informiert über das nach wie vor geltende Schutzkonzept. Wenn der Platz verlassen wird, gilt eine Maskenpflicht. Eine Ausnahme ist, wenn man sein Votum bei den Mikrofonen macht. Die Mikrofone werden nach jedem Gebrauch desinfiziert. Desinfektionsmittel steht beim Eingang zur Verfügung. Es gilt Abstand zu halten. Für die heutige Sitzung musste sich Stadtschreiber Schenk Roman krankheitsbedingt abmelden.

Der Vorsitzende begrüsst als neues Stadtratsmitglied Baumeler-Stoll Carmen und wünscht ihr viel Freude im Amt. Sie ist Nachfolgerin von Rössler Andreas. Sie hat bereits an der Informationsveranstaltung des SR vom 31. August 2020 teilgenommen. Am 26. Oktober 2020 um 19.00 Uhr findet die Informationsveranstaltung zum Budget im Gemeindesaal statt. Es erfolgt keine separate Einladung dazu. Der Geschäftsbericht 2019 liegt gedruckt vor und kann bei Bedarf mitgenommen oder bei Henzi Brigitte bestellt werden. Die Besucher und Medien werden gebeten, sich auf der Präsenzliste beim Eingang einzutragen. Der Vorsitzende informiert über die besuchten Anlässe. Am 25. August 2020 hat er am Forum Schützematt in der Kulturhalle Sägegasse teilgenommen. Am 3. September 2020 hat er an der Eröffnung der Europäischen Tage des Denkmals in der Markthalle teilgenommen. Es gab Rundgänge durch die Stadt Burgdorf. Die heutige Sitzung umfasst 18 Traktanden. Die Mitglieder des SR werden deshalb gebeten, sich beim Votum kurz zu fassen und die Redezeit, bei Geschäften fünf Minuten und bei der Beantwortung der Interpellation zwei Minuten,

einzuhalten. An den letzten Stadtratssitzungen musste man auf den Schlummertrunk verzichten, weil die Sitzung nicht im Gemeindegrosssaal durchgeführt wurde. Im Nachgang zur heutigen Sitzung werden Rössler Andreas und der Vorsitzende zum Schlummertrunk in der Markthalle bzw. draussen vor der Markthalle einladen. Das ist auch ein Ansporn, die heutige Sitzung schnell und effizient durchzuführen. Ein Dank geht vorab an Rössler Andreas. Er wird im Verlauf der Sitzung eintreffen.

SRB: 2020-365 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Informationen aus dem Gemeinderat

Verhandlung

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice informiert über die 2. Lesung des Budgets 2021 im Gemeinderat (GR). Grundsätzlich gibt es eine Vorbemerkung. Die Coronazeit ist eine schwierige Zeit, vor allem auch finanziell. Die Wirtschaft war extrem auf Schübe und Aufschiebungen angewiesen. Aufschiebungen bei den Steuern und Schübe finanzieller Natur der öffentlichen Hand. Im Moment kann man lesen, dass die Herausforderungen für die Gemeinden gross sind. Etliche Gemeinden können in eine Schiefelage geraten. In Burgdorf ist es zum Glück nicht so. Fakt ist, dass die Stadt Burgdorf eigentlich auf eine stabile finanzielle Situation schauen kann. Nicht zuletzt aufgrund der letzten vier Jahre. Die Stadt Burgdorf hat Schulden und Sparen wird oftmals abgesprochen. Es gibt aber dazu immer verschiedene Meinungen. Der GR ist immer bemüht zu sparen. So konnte zum Beispiel gemäss Aufforderung und Anraten von Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice zwischen der ersten und zweiten Lesung Budgetverbesserungen in den Direktionen von Fr 838'000.-- erwirkt werden. Man musste lange auf die Angaben des Kantons warten, vor allem was die Auswirkungen von Corona sind. Diese sind in zwei Sachen geteilt. Einerseits das Steuereinkommen und andererseits die Sozialleistungen. Der Kanton rechnet vor, dass man mit rund 1 Mio. Franken weniger Steuereinnahmen rechnen soll. Ebenfalls soll man mit rund 1 Mio. Franken Mehrausgaben bei den Sozialleistungen über den Lastenausgleich rechnen. Das ergibt also insgesamt rund 2 Mio. Franken. Die Stadt Burgdorf hat dennoch im Sinn Investitionen zu tätigen. Nicht zuletzt, weil man die Wirtschaft hier am Laufen halten will, so gut es geht. Im Moment ist jeder Franken etwas wert. Über die genauen Budgetzahlen wird noch nicht informiert, dies erfolgt an der Informationsveranstaltung vom 26. Oktober 2020. Das Budget wird mit einem leichten Gewinn vorgelegt. Dies auch dank der Neubewertungsreserve. Der Gewinn ist aber aufgrund der Coronasituation nicht so hoch ausgefallen wie gedacht. Zusätzlich sind neue hohe Kosten bei den Kantonsabgaben zu verzeichnen, vor allem betreffend den Lehrerlöhnen. Diese können wir nicht beeinflussen. Burgdorf kann es stemmen. Wir müssen für das Budget nicht gross beziehungsweise überhaupt nicht aus den Reserven schöpfen. Corona wird uns aber wohl auch im nächsten Jahr treu bleiben, wenn nicht sogar auch im übernächsten Jahr. Dabei sind wir alle selbst verantwortlich, dass es uns nicht so hart trifft. Fragen zum Budget können an der Informationsveranstaltung gestellt und geklärt werden.

SRB: 2020-366 | Registratur-Nr. 2.22.2210.20

Sanierung Simon-Gfeller-Strasse; Kreditabrechnung

Verhandlung

Gemeinderat Rappa Francesco orientiert über die Kreditabrechnung und gliedert diese in zwei Bereiche. Einerseits zum Thema Minderkosten und andererseits die Beantwortung der Frage im

Kommentar auf der online Sitzungsverwaltung. Die Minderkosten sind relativ hoch zum ursprünglichen Projektkredit. Es werden relativ grosse Minderkosten ausgewiesen, die im ersten Moment irritieren. Es sind aber zum Glück Minderkosten und nicht Mehrkosten. Bei der Abrechnung zum Strassenbau wie auch bei der Abwasserentsorgung handelt es sich um relativ grosse Beträge. Beim Projekt ist alles optimal gelaufen. Die beauftragten Ingenieurbüros rechnen grundsätzlich immer mit dem Worst Case. Beim Projekt an der Simon-Gfeller-Strasse ist alles perfekt gelaufen, deshalb werden die Minderkosten ausgewiesen. Es hat auch absolut keinen Zusammenhang, dass das Ingenieurbüro bewusst hoch einschätzt damit sie mehr Honorar erhalten. Stadtrat Schärf Philipp hat in der online Sitzungsverwaltung beim Kommentar eine Frage hinterlassen. Abweichungen nach unten sind eigentlich immer erfreulich und deshalb stellt sich die Frage, ob man mit Best Practice unterwegs ist. Die aufgeführten Gründe für die Minderkosten erscheinen schlüssig, werfen jedoch die Frage auf, was in der Projektierung gemacht respektive versäumt wurde. Die konkreten Fragen lauten, ob es beim Vorhaben kein Vor- und Bauprojekt nach SIA gab. Es handelt sich hier um ein klassisches Standardprojekt aus Sicht der Baudirektion. Bei solchen Vorhaben werden keine Vorprojekte lanciert. Normalerweise ist alles vorgegeben wie Länge und Breite. Wenn man präventiv Sondierungen macht, würde es Fr. 50'000.-- bis 60'000.-- mehr kosten. Es handelt sich um eine Standardgeschichte und das zuständige Ingenieurbüro rechnet mit dem Worst Case. Wie war das Vorgehen für die Planung des Ausführungsprojektes? Das Bauprojekt ist in solchen Fällen de facto bereits das Ausführungsprojekt. Wie gross war der Umfang in Franken und wie lange hat es gedauert? Es handelt sich um ein Standardprojekt und aufgrund dessen zur Frage ein klares Nein. Welche Parteien waren involviert? Involviert waren die Localnet AG, die Stadt Burgdorf sowie das Ingenieurbüro. Bei einem solchen Projekt macht ein Vorprojekt aus Kostengründen keinen Sinn. Das Verhältnis zwischen Ertrag und finanziellem Aufwand wäre problematisch.

Seitens der GPK und des SR werden keine Bemerkungen gemacht.

Abstimmung

Die Kreditabrechnung für die Sanierung der Simon-Gfeller-Strasse mit Ausgaben in der Abwasserentsorgung von CHF 199'393.75 und im Strassenbau von CHF 219'373.30, wird genehmigt. Die Minderausgaben in der Abwasserentsorgung betragen CHF 200'606.25 respektive im Strassenbau CHF 115'626.70.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 40 Ja Stimmen die Kreditabrechnung.

SRB: 2020-367 | Registratur-Nr. 2.22.2210.20

Innenrohrsanieung 2018; Kreditabrechnung

Verhandlung

Gemeinderat Rappa Francesco teilt mit, dass das Projekt klar ist und es keine weiteren Bemerkungen braucht.

Seitens der GPK und des SR werden keine Bemerkungen gemacht.

Abstimmung

Die Kreditabrechnung für die Innenrohrsanierung 2018, mit Ausgaben von CHF 369'820.30 und Minderausgaben von CHF 60'179.70, wird genehmigt.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 40 Ja Stimmen die Kreditabrechnung.

SRB: 2020-368 | Registratur-Nr. 1.10.1020.10

Kommissionsreglement; Änderung 2020

Verhandlung

Stadtratspräsident von Arb Peter stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass man sich nach dem Dezember 2018 Gedanken gemacht hat, wie die Kommissionssitze gerechter verteilt werden können. Basierend auf den Angaben der Listenstimmen der einzelnen Parteien zusammen mit den Listenverbindungen wurden die Kommissionssitze vergeben. Die Parteien mit Listenverbindungen mit kleineren Parteien haben keinen Sitz erhalten, aber haben zu den Listenstimmen beigetragen. Andere Parteien haben davon profitiert wie zum Beispiel der Vergleich der FDP mit GLP. Die GLP hatte bei den letzten Wahlen eine Listenverbindung mit der CVP, ist rausgefallen und hat keine Sitze bekommen. Das wurde zurecht kritisiert. Dieser Umstand wurde im grösseren Umfang diskutiert. Man hat nun einen Vorschlag ausgearbeitet, wie die Kommissionssitze gerechter verteilt werden können. Auf der Seite 2 der Vorlage sind verschiedene Varianten aufgeführt und diese werden nach Parteistimmen und nach Sitze im SR aufgeführt. Der GR spricht sich klar für die Variante 1 aus. Die Variante 1 beinhaltet die Verteilung der Sitze nach der Stärke. Der Ablauf wurde in der Vorlage vorgeschlagen. Zudem ist ersichtlich, wie die Kommissionssitze innerhalb der Parteien verteilt werden. Es sind diverse Varianten aufgeführt. Wenn eine Partei bei vier Kommissionen mehr als vier Kommissionssitze zugute hat, kann die Partei mal einen Sitz besetzen. Wenn eine Partei acht Sitze zugute hat, hat sie bei der Kommission zwei fixe Sitze innerhalb der Kommission. Die übrig gebliebenen Sitze werden separat anhand der Parteistimmen zugeteilt. Dies musste so gemacht werden, damit sie dem Wähleranteil entspricht und eine grössere Partei in einer Kommission nicht überproportional vertreten wäre. Es ist noch ein Änderungsantrag der SP-Fraktion eingereicht worden. Bei diesem geht es mehr um die sprachliche Formulierung als um eine inhaltliche Änderung. Der GR ist mit der sprachlichen Anpassung einverstanden und kann dem Änderungsantrag zustimmen. Der GR dankt der GLP für den eingereichten Auftrag, dass die Verteilung angeschaut wird und eine gerechtere Verteilung erfolgt. Einige Parteien müssen Federn lassen und andere werden profitieren.

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass es bereits im Dezember 2018 eine sehr erfreuliche Überraschung war, als der SR den Vorstoss überwiesen hat. Man ist auch erfreut über den Vorschlag des GR. Die GLP-Fraktion ist der Meinung, dass das Anliegen für eine gerechtere Verteilung der Kommissionssitze mit dem vorliegenden Vorschlag vollends Rechnung getragen wird.

Es ist eine gute Vorlage. Die vorgeschlagene sprachliche Verbesserung der SP-Fraktion ist gut und man kann dieser zustimmen. Es wäre erfreulich, wenn der SR die Vorlage entsprechend genehmigen würde.

Stadtrat Merz Adrian, namens der Grünen-Fraktion, teilt mit, dass man dem Geschäft zustimmen wird. Die Grünen-Fraktion dankt für die Arbeit und die ausführliche Stellungnahme mit verschiedenen Varianten. Die Varianten wurden transparent dargelegt. Die Verteilung, wie sie prognostiziert wird, erscheint sinnvoll und deutlich gerechter als vorher. Die Grünen-Fraktion wird den Anträgen zustimmen, wie auch dem Abänderungsantrag der SP-Fraktion.

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man den Anträgen geschlossen zustimmen wird. Die SP-Fraktion ist selber nicht betroffen und trotzdem musste man bei der Ist-Analyse feststellen, dass ein grosser Missstand herrscht. Die Verteilung der Kommissionssitze entspricht in keiner Art und Weise der Parteistärke beziehungsweise der Machtverhältnisse in der Legislative. Es macht absolut Sinn, wenn man den Missstand beheben will. Es ist absolut nachvollziehbar, wie man auf die Variante 1 kommt. Etwas unglücklich ist, dass in der Vorlage nirgends erwähnt wird, wie die Verteilung im Ist-Zustand funktioniert hat. Man geht davon aus, dass es irgendwann einmal so beschlossen wurde und hat sich als Gewohnheitsrecht durchgesetzt. Der Abänderungsantrag ist eine Wortspielerei und ändert juristisch an der Sache nichts. Die SP-Fraktion wird den Anträgen zustimmen.

Abänderungsantrag SP-Fraktion

Anpassung Wortlaut Art. 3 Abs. 2 Kommissionsreglement: „Die Wahl durch den Stadtrat erfolgt auf Vorschlag der in diesem Rat vertretenen politischen Parteien und nach Massgabe des Parteienproporztes für die Gesamtzahl aller Kommissionsmandate.“ (anstatt "Die Wahl durch den Stadtrat in die Gesamtzahl aller Kommissionsmandate erfolgt auf Vorschlag der in diesem Rat vertretenen politischen Parteien und nach Massgabe des Parteienproporztes")

Stadtratspräsident von Arb Peter informiert über das weitere Vorgehen. Zuerst erfolgt die Bereinigung des Abänderungsantrages, dann die Genehmigung des Artikels 3 und am Schluss die Abstimmung der Anträge.

Abstimmung

Änderungsantrag SP-Fraktion

Anpassung Wortlaut Art. 3 Abs. 2 Kommissionsreglement: „Die Wahl durch den Stadtrat erfolgt auf Vorschlag der in diesem Rat vertretenen politischen Parteien und nach Massgabe des Parteienproporztes für die Gesamtzahl aller Kommissionsmandate.“ (anstatt "Die Wahl durch den Stadtrat in die Gesamtzahl aller Kommissionsmandate erfolgt auf Vorschlag der in diesem Rat vertretenen politischen Parteien und nach Massgabe des Parteienproporztes")

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 40 Ja Stimmen dem Änderungsantrag der SP-Fraktion zu.

Abstimmung

Änderung Artikel 3 Kommissionsreglement

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 40 Ja Stimmen die Änderung des Artikels 3 Kommissionsreglement.

Abstimmung

1. Die Änderung von Artikel 3 des Kommissionsreglements vom 1. Februar 2003 wird genehmigt.
2. Der Auftrag GLP-Fraktion betreffend Regelung der Zuteilung der Kommissionssitze wird als erfüllt beschrieben.
3. Die Änderung tritt am 1. Januar 2021 in Kraft.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 40 Ja Stimmen die Anträge.

SRB: 2020-369 | Registratur-Nr. 7.70.7010.12

Projektierungskredit Provisorium Schlossmatt

Verhandlung

Stadtratspräsident von Arb Peter stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Bucher Theophil teilt mit, dass anlässlich der Informationsveranstaltung des SR vom 31. August 2020 die Baudirektion detailliert über die Gebäudesanierungsstrategie, die Schulraumplanung und die Verwaltungsraumplanung, Projekt B.move, informiert hat. Das Projekt modularer Schulbau Schlossmatt 2022 ist der erste Schritt einer in sich abgestimmten langfristigen Planung für die Sanierung und Erweiterung aller Schulgebäude in Burgdorf. Diese Planung ist Teil der Gebäudesanierungsstrategie der Stadt Burgdorf, welche auch das Projekt B.move beinhaltet. Heute geht es nicht um den Kredit selber für die Schulbaute, sondern erst um den Projektierungskredit. Der modulare Schulbau Schlossmatt 2022 ermöglicht die Gesamtsanierung und Erweiterung des Schulhauses Schlossmatt im laufenden Betrieb und kann als mobile Elemente für weitere Sanierungsmassnahmen andernorts eingesetzt werden. Es handelt sich bei dieser Baute um eine ausbaubare Grundstruktur, welche flexibel erweitert, aufgestockt, reduziert, wieder aufgebaut und an einen anderen Ort verschoben werden kann. Alle Schulhaussanierungen sollen während dem laufenden Schulbetrieb erfolgen. Alle folgenden Schulbauten, zum Beispiel im Gsteighof, bauen auf dieser konzeptionellen Struktur auf, so dass somit ein Austausch und die Ergänzung der Elemente untereinander möglich sind. Das modulare Gebäude ist als vorfabrizierter modularer Holzbau konzipiert. Die Gesamtsanierung des Schulhauses Schlossmatt soll in sechs Schritten erfolgen. Zuerst erfolgt die Erstellung des Provisoriums für einen Kindergarten und die Tagesschule. Im zweiten Schritt werden die bestehenden Tagesschulprovisorien entfernt und ein Neubau erstellt, welcher zunächst für die weiteren Sanierungsetappen als Ausweichfläche und später als erforderliche Schulraumerweiterung dient. Nach erfolgter Sanierung der übrigen Gebäude wird das Provisorium

entfernt und an anderer Stelle für die nächste Sanierungsetappe erneut eingesetzt. Für die Projektierung, die Ausschreibungsvorbereitung und weitere Projektbearbeitung der ersten Ausbaustufe des modularen Schulbau Schlossmatt ist ein Projektierungskredit von Fr. 290'000.-- erforderlich. Dieser Projektierungsschritt ist im Vergleich zu den Gesamtkosten von voraussichtlich 2 Mio. Franken höher als üblich, da die modulare Baute bereits in dieser Phase relativ detailliert geplant werden muss. Die Leistungen im Rahmen dieser Projektleitung sind im Bericht detailliert aufgeführt. Der Bau des Provisoriums soll 2021 starten. Die Inbetriebnahme ist im August 2022 vorgesehen. Für den Bau- und Ausführungskredit wird dem SR im Sommer 2021 eine separate Vorlage unterbreitet. Das Vorhaben ist im Budget und im Aufgaben- und Finanzplan enthalten. Unter HRM2 fällt das Projekt in die Anlagekategorie Hochbauten und Schulhaus und wird innert 25 Jahren abgeschrieben. Aus Sicht der Klima Force ist wichtig zu wissen, dass keine Container verwendet werden, sondern wenige, grössere und länger nutzbare Gebäude. Die vorgesehenen Holzmodule erlauben eine Co² neutrale nachhaltige Bauweise und erfüllen den Minergie-Standard. Diese Modulbauten aus Holz sind auf eine Nutzungsdauer von zwei oder mehr Generationen ausgelegt, also weit über die 25 Jahre Abschreibungsdauer hinaus. Der SR wird gebeten, den GR mit der Ausarbeitung der Projektierungsgrundlagen für das Projekt modularer Schulbau Schlossmatt bis zur Phase Baueingabe zu beauftragen und dafür einen Projektierungskredit von Fr. 290'000.-- zu sprechen.

Stadtratspräsident von Arb Peter informiert über den eingereichten Ergänzungsantrag der GLP-Fraktion.

Ergänzungsantrag GLP-Fraktion

3. Für die Projektierung bis und mit Baueingabe wird eine politisch breit abgestützte Begleitgruppe eingesetzt. Der Gemeinderat organisiert die Details.

Stadtrat Grimm Jürg, namens der FDP-Fraktion, begrüsst die Vorgehensweise bei der Gesamtsanierung und Erweiterung beim Schulhaus Schlossmatt. Die Erstellung einer vielseitig nutzbaren und mobilen Struktur ist sinnvoll. Die in der mittelfristigen Investitionsplanung vorgesehenen Kosten von 2 Mio. Franken für die Projektierung und Ausführung erscheinen als gut geschätzt. Der Grobterminplan ist realistisch. Ebenfalls ist die Vergabe nach dem Einladungsverfahren bei diesem Projekt richtig. Seitens der FDP-Fraktion möchte man jedoch zwei Denkanstösse in die Runde bringen. Erster Denkanstoss betrifft der Volumetrier des Gebäudes. Im Rahmen der Projektierung gilt es zu prüfen, ob es nicht sinnvoller ist, bereits jetzt den Pavillon zweigeschossig zu realisieren, da der Landflächenbedarf beim vorliegenden Entwurf mit den Grenzabständen eingerechnet zurzeit bei zirka 1'600 Quadratmeter liegt. Der hohe Flächenbedarf könnte bei der Wiederverwendung an einem anderen Standort zum Problem werden, wo vielleicht beengte Platzverhältnisse vorherrschen. Weiter könnte man bei einem zweigeschossigen Bau schon bei der ersten Phase ressourcenschonender und wirtschaftlicher bauen. Es wäre deshalb besser zuerst in die Höhe zu bauen und anschliessend in der Fläche zu erweitern. Der zweite Denkanstoss betrifft die Höhe des Planungskredites. Die Planungskosten erscheinen der FDP-Fraktion als zu hoch. Die aufgeführten Planungsleistungen entsprechen nach der SIA-Norm 102 rund 50 Prozent der erbringenden Gesamtleistungen. Somit sind die gesamte Honorarkosten bei diesem Projekt bei über Fr. 500'000.--. Das macht bei geplanten Erstellungskosten von 2 Mio. Franken ungefähr 25 Prozent aus. Im Vergleich mit baugleichen Projekten ist das sehr hoch geschätzt. Die Honorarkosten bewegen sich bei rund 15 Prozent. Zum selben Schluss gelangt man, wenn man, ausgehend der Erstellungskosten von 2 Mio. Franken, das Honorar anhand der SIA-Honorartabelle berechnet. In Anbetracht der vorangehenden Geschäfte, welche alle tiefer als erwartet abgeschlossen haben, fordert die FDP-Fraktion eine höhere Treffgenauigkeit bei künftigen Kostenschätzungen, damit die Ressource der Stadt Burgdorf gut geplant werden können.

Stadtrat Merz Adrian, namens der Grünen-Fraktion, teilt mit, dass es sich um ein gutes Projekt handelt. Der SR hat seit längerer Zeit vom GR eine Strategie gefordert und an der Informationsveranstaltung wurde ausführlich über die verschiedenen Strategien informiert. Die Grünen-Fraktion wird den Anträgen zustimmen. Man wird aber dem Ergänzungsantrag der GLP-Fraktion nicht zustimmen. Erstens, es ist an der oberen Grenze, dass bei einer Strategie auf 10 bis 20 Jahren man bereits beim ersten Projektierungskredit eine Begleitgruppe verlangt. Zudem liegt die Ausführung doch in den Händen der Exekutive und nicht der Legislative.

Stadtrat Schärf Philipp, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass man geschlossen hinter dem Geschäft steht und es sehr gut findet. Wie im Votum von Gemeinderat Bucher Theophil gehört, geht es bereits relativ früh in die Tiefe bei der Projektierung, weil es eine neue Art und Weise ist wie man die Projektschritte plant. Deshalb hat die GLP-Fraktion einen entsprechenden Ergänzungsantrag formuliert. Grundsätzlich handelt es sich um ein gutes Projekt mit einer guten Werkstoffmaterialwahl mit Holz sowie der flexible wiederverwendbare Modulbauweise für die Umsetzung von neuem und zukunftsträchtigem Schulraum. Ökologie und Ökonomie gehen hier Hand in Hand. Die GLP-Fraktion ist auch überzeugt, dass das Projekt gut kommt. Der Zeitplan ist aber ziemlich eng. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass es sich um einen guten Zeitplan handelt. Dieser Meinung ist die GLP-Fraktion auch, aber es hat keine grossen Pufferzonen, falls der SR einmal mit etwas nicht zufrieden ist, kann es nicht aufgefangen werden. Die zehn Jahresprojektierungen wären dann bereits sehr früh in Verzug. Schliesslich handelt es sich hier um eine 100 Mio. Franken Kiste. Auch wenn es nur der erste Schritt ist, handelt es sich um einen wichtigen Schritt und es hängt mit den Folgeschritten zusammen. Deshalb ist die Absicht der GLP-Fraktion einen Clash respektive um Unstimmigkeiten zwischen GR und SR zu vermeiden. Aus diesem Grund soll eine politisch breit abgestützte Begleitgruppe während der ersten Projektierung eingesetzt werden. Es geht dabei nicht darum, ins Projekt hineinzureden oder zu blockieren sowie die Baukommission oder Volksschulkommission zu duellieren. Im Gegenteil, es geht darum miteinbezogen zu werden um allfällige Bedenken genug früh von der breiten Masse einzubeziehen und abzuholen. Dies soll ähnlich wie der Runde Tisch sein. Es wäre zu spät, wenn der Ausführungskredit auf dem Tisch liegt und man dann merkt, es ist doch nicht so, wie es die Mehrheit will. Kooperation statt Konfrontation oder auch konstruktive statt destruktive Konfrontation. Es soll als Pilotprojekt bei diesem ersten Schritt umsetzen und nur, wenn es erfolgreich ist und auch notwendig, kann man diesen Schritt weiterführen, aber ist nicht zwingend.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP, teilt mit, dass man den Anträgen des GR bezüglich den ersten Schritten zur Gesamtsanierung Schulhaus Schlossmatt zustimmt. Man stellt fest, dass bereits eine umfassende Denk- und Planungsarbeit geleistet wurde. Betreffend dem Projektierungskredit war man ebenfalls der Meinung, dass der Betrag an der oberen Grenze ist. Man hat es aber abklären und bestätigen lassen, dass der Kredit bezüglich Bauvolumen eigentlich im Rahmen ist. Mit der Erklärung von Gemeinderat Bucher Theophil unterstützt die EVP definitiv das Projekt.

Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara, namens der SVP- und EDU-Fraktion, dankt den Verantwortlichen für die Vorbereitung der Kreditvorlage. Bereits an der Informationsveranstaltung des SR wurde mitgeteilt, dass die Schulraumplanung in die gesamte Gebäudestrategie integriert ist. Das entspricht genau dem, was man will. Man soll Synergien nutzen und vernetzen was möglich ist und Sinn macht. Das wirkt sich nicht nur positiv auf die Lösungen aus, sondern zuletzt auch auf die Finanzen. Betreffend der Projektierung, die im Einladungsverfahren stattfinden wird, erwartet man, dass lokale oder im Minimum regionale Unternehmen berücksichtigt werden. Der Ergänzungsantrag der GLP-Fraktion betreffend der Einsetzung einer Begleitgruppe wird abgelehnt. Die SVP-Fraktion hat bei diesem Projekt Vertrauen in den GR und ist der Meinung, dass die Ausarbeitung der Projektierungsgrundlage schlicht

und einfach nicht in die Kompetenz des SR fällt. Die SVP- und EDU-Fraktion wird den Anträgen des GR einstimmig zustimmen.

Stadtrat Geiser Urs, namens der SP-Fraktion und als Mitglied der Volksschulkommission, teilt mit, dass das Schulhaus Schlossmatt eine Auffrischung dringend nötig hat. Man muss dort etwas machen und es braucht zusätzlichen Schulraum. Das dürfte auch unbestritten sein. Stadtrat Geiser Urs ist erfreut über die positive Haltung und Stimmung im Rat. Die SP-Fraktion ist von A bis Z überzeugt vom Projekt. Das Projekt ist nicht nur clever, intelligent, flexibel, kostenbewusst, sondern auch ökologisch vorbildlich. Ein Dank an dieser Stelle an alle Beteiligten. Ein Dank auch an das Votum der EVP. Man war froh, von Gemeinderat Bucher Theophil zusätzliche Informationen zu erhalten. Man kann sich dem anschliessen. Die SP-Fraktion hatte keine Zeit, sich zum Ergänzungsantrag der GLP-Fraktion zu unterhalten. Stadtrat Geiser Urs findet es eigentlich eine gute Idee und man könnten Anregungen, wie sie von der FDP-Fraktion gemacht wurden, rechtzeitig einbringen. Die SP-Fraktion hat deshalb Stimmfreigabe beschlossen.

Stadtrat Grimm Jürg, namens der FDP-Fraktion, hat Ergänzungen zum Votum von Gemeinderat Bucher Theophil. Die Ausarbeitung im Detail soll in einer späteren Phase gemacht werden, also in der Projektierungsphase. Das war in der Vorlage so nicht ersichtlich und dementsprechend in der Offerte nicht aufgeführt. Da müsste man präziser werden.

Gemeinderat Bucher Theophil dankt für die Anregungen, die er notiert hat und entsprechend weiterleiten wird. Die Volumentrier kann man sicherlich nochmals anschauen. Gemeinderat Bucher Theophil kann nicht im Detail erläutern, warum man diesen Vorschlag gemacht hat. Es wäre gut gewesen, wenn die Höhe des Kredites in der Vorlage ersichtlich gewesen wäre. Bei der Vorbereitung zu der Stadtratssitzung wurde bewusst, dass man etwas knapp war. Die gemachten Berechnungen sind richtig und Stadtrat Grimm Jürg ist Fachmann. Bei der gewählten Bauweise wurde die Arbeitseinteilung etwas anders vorgenommen. Dafür fallen die Kosten später nicht an. Bei der Begleitgruppe sind verschiedene Meinungen vorhanden. Der Vorschlag ist kurzfristig eingetroffen. Dieses Anliegen ist sehr operativ bei der Vorprojektierung. Ein Dank geht an die Votanten, die dem GR diesbezüglich das Vertrauen aussprechen. Gemeinderat Bucher Theophil ist überzeugt, dass in der Person von Holzer Rudolf, Leiter Baudirektion, eine sehr grosse Kompetenz bei solchen Bauten vorhanden ist. Er hat in der Privatwirtschaft viele solche Bauten geplant und realisiert und entsprechend auch kostenbewusste und ökologische Lösungen umgesetzt. Die bestehenden Kommissionen sind das richtige Gefäss, um eine gewisse Begleitung zu machen. Die Begleitgruppe würde ein Stück weit bei der Arbeit der Kommissionen eine Redundanz schaffen und ist auch nicht nötig. Wenn die Wahl vorhanden ist, werden regionale und lokale Firmen berücksichtigt. Man ist jedoch an die Ausschreibung gebunden. Wenn die regionalen und lokalen Firmen gut offerieren, kann man sie auch berücksichtigen. In der heutigen Zeit muss es unser Ziel sein.

Stadtratspräsident von Arb Peter informiert über das Vorgehen bei der Abstimmung der Anträge und des Ergänzungsantrages. Zuerst erfolgt die gemeinsame Abstimmung über die Anträge 1 und 2 und dann erfolgt die einzelne Abstimmung über den Ergänzungsantrag der GLP-Fraktion.

Abstimmung

1. Der Stadtrat beauftragt den Gemeinderat mit der Ausarbeitung der Projektierungsgrundlagen für das Projekt modularer Schulbau Schulhaus Schlossmatt bis Phase Baueingabe.
2. Er bewilligt für diese Projektierung einen Projektierungskredit von CHF 290'000.00 (Sachgruppen-Nr. 5040.01 Hochbauten, Kostenstellen-Nr. 7010.5040.21 Projektierung modularer Schulbau Schlossmatt 2022).

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 40 Ja Stimmen die Anträge.

Abstimmung

Ergänzungsantrag GLP-Fraktion

3. Für die Projektierung bis und mit Baueingabe wird eine politisch breit abgestützte Begleitgruppe eingesetzt. Der Gemeinderat organisiert die Details.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt mit 12 Ja und 27 Nein Stimmen bei 1 Enthaltung den Ergänzungsantrag der GLP-Fraktion ab.

SRB: 2020-370 | Registratur-Nr. 1.10.1000.50

Orientierung GPK; Ergebnisprüfung

Verhandlung

Stadtrat Gerber Thomas, namens der GPK, teilt mit, dass gemäss Artikel 121 der Kantonalen Gemeindeverordnung die Gemeinde ein Organ einzusetzen hat, das die Ergebnisse der Leistungs- und Wirkungsmessung nach NPM überprüft. In der Stadt Burgdorf ist diese Aufgabe mit Artikel 36 Absatz 4 im Stadtratsreglement der GPK übertragen. Hauptaufgabe dabei ist es, jährlich die Berichterstattung über die Zielerreichung zu prüfen und den SR über das Prüfergebnis zu informieren. Die GPK überprüft im Rahmen der Ergebnisprüfung die Leistungs- und Wirkungsmessung sowie die wirkungsorientierte Verwaltungsführung. Es handelt sich dabei um eine Nachprüfung von abgeschlossenen Vorgängen. Es geht darum, zu prüfen, ob die Daten über die Standards und Indikatoren richtig erhoben, zusammengestellt, ausgewertet und kommentiert werden. Die Ergebnisse der GPK werden anschliessend in einem Bericht zusammengefasst. Zusätzlich zur standardisierten Überprüfung hat die GP auch die Umsetzung der bisherigen Empfehlungen überprüft. Die Ergebnisprüfung erfolgte am 14. Mai 2020 in einer ganztägigen Veranstaltung. Die GPK hat wiederum drei Prüfteams gebildet und insgesamt sechs Produktgruppen in fünf Verwaltungsabteilungen unter Beizug von Auskunftspersonen der Stadtverwaltung überprüft. Zum zweiten Mal wurde dabei der den aktuellen Verhältnissen angepasste, von Rechtsanwalt Kettiger Daniel zusammen mit der GPK erarbeitete Fragebogen verwendet. Die Gespräche verliefen konstruktiv und in einem offenen Rahmen. Die GPK dankt der Verwaltung und den Auskunftspersonen für ihre Kooperationsbereitschaft. Der Ergebnisprüfungsbericht ist erstellt. Auf einzelne Punkte betreffend mangelnder Umsetzung früherer Empfehlungen wurde nochmals hingewiesen und einzelne neue Empfehlungen wurden gemacht. Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass NPM in der Zwischenzeit allermeist gut gelebt wird. Es empfiehlt sich allerdings dringend und nicht zum ersten Mal, dass nach 14 Jahren die Wirkungs- und

Leistungsziele sowie die Indikatoren in einigen Verwaltungsabteilungen auf ihre Aussagekraft und Aktualität zu überprüfen sind. Ebenfalls fehlen oft klare, schriftliche Controllingkonzepte. Die GPK dankt für die gute Zusammenarbeit.

SRB: 2020-371 | Registratur-Nr. 1.10.1000.74

Auftrag FDP-Fraktion betreffend Ermöglichung des Gastrosommers in Burgdorf - Belebung der Gastbranche ohne zweite Coronawelle

Verhandlung

Stadtratspräsident von Arb Peter macht eine Vorbemerkung zum Auftrag. Der GR hat in der Stadtratsvorlage den Antrag auf Nichteintreten gestellt. Die Begründung des GR ist, dass der Auftrag zeitlich nicht erfüllbar ist. Die Monate Juni bis September sind jetzt eigentlich bereits durch. Der SR wird deshalb angefragt, ob das Nichteintreten bestritten ist.

Stadträtin Fankhauser Karin, namens der FDP-Fraktion, dankt für die Beantwortung der Fragen. Über das Anliegen wurde durch Stadtpräsident Berger Stefan bereits an der Stadtratssitzung im Juni informiert. Die FDP-Fraktion dankt der Verwaltung, die alles Mögliche unternommen hat, damit die Gastroszene in Burgdorf nicht verloren geht. Die Verwaltung hat alles gemacht, was sie machen konnte. Betreffend der mediterranen Nächte, die dieses Jahr ausgelaufen wären, wird man sich im nächsten Jahr wieder melden. Für die FDP-Fraktion ist es unbestritten, dass man beim Auftrag auf Nichteintreten plädiert.

Stadtratspräsident von Arb Peter möchte wissen, ob das Nichteintreten bestritten ist. Gemäss Stillschweigen ist es nicht bestritten.

Beschluss

NICHTEINTRETEN

SRB: 2020-372 | Registratur-Nr. 1.10.1000.74

Auftrag SP-Fraktion betreffend Evaluation der Bewältigung der «ausserordentlichen Lage» durch die Volksschule Burgdorf

Verhandlung

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Grimm Christoph teilt mit, dass man einen Auftrag erhalten habe, der verlangt, dass die Volksschule evaluiert wird aufgrund des Lockdowns und den Schulschliessungen. Man will wissen, wie die Schule während dieser Zeit zurechtgekommen ist. Man will wissen, was gut oder schlecht gelaufen ist und wo Lücken bestanden. Man will auch wissen, welche Konsequenzen dies für die Zukunft hat. Der GR dankt für den Auftrag. Es ist dem GR ein Anliegen, dass man mit den Erkenntnissen aus dieser Phase in der Zukunft adäquat darauf reagieren kann. Bei der Umfrage der BKD, Bildungs- und Kulturdirektion des Kantons Bern, hat Burgdorf mitgemacht. Es war eindeutig, dass kein einziges Kind während dieser schwierigen Phase von der Schule Burgdorf nicht erreicht werden konnte. Diese Aussage ist wesentlich. In der nachfolgenden Interpellation zum gleichen Thema wurde diese Aussage

schriftlich festgehalten. Man war der Meinung, dass die BKD noch eine flächendeckende Umfrage und Evaluation bei den Schulen macht. Die BKD macht es aber nicht. Die BKD hat bei einzelnen Gemeinden zu einzelnen Themen etwas angefragt. Man kümmert sich zurecht betreffend der fehlenden technischen Ausrüstung oder der mangelnden elterlichen Unterstützung, dass ein Schulkind etwas verpasst hat. Der Lockdown soll aber auch in ein realistisches Verhältnis gestellt werden. Man muss sich bewusst sein, dass die Schulen drei Wochen vor und drei Wochen nach den Frühlingsferien geschlossen waren. Das heisst, die Schulkinder wurden so gut wie möglich im Fernunterricht unterrichtet. Von 38 Schulwochen betraf es sechs Wochen. Das bedeutet überhaupt nicht, dass keine Nachteile entstanden sind. Es ist klar, dass die schwächeren Schüler und Schülerinnen das stärker gespürt haben als die stärkeren Schülerinnen und Schüler. Genau das will man mit dem Auftrag evaluieren. Die Lehrerinnen und Lehrer der verschiedenen Schulhäuser waren völlig unterschiedlich unterwegs gewesen und das ist normal so. An dieser Stelle wird allen Lehrerinnen und Lehrer, aber auch allen beteiligten Personen, die in irgend einer Art Schüler und Schülerinnen betreut haben, nicht zuletzt den Eltern, herzlich für ihren Einsatz danken. Es war eine ausserordentliche Lage und man hat sich ausserordentlich eingesetzt. Das konnte nicht trainiert werden, man musste funktionieren und das hat man gemacht. Die Schule Burgdorf kann aber nicht jedem Schüler und jeder Schülerin einen Computer zur Verfügung stellen. Das würde den Rahmen sprengen. Am 25. März 2019 hat der SR Fr. 760'000.-- gesprochen und zwar für Computer im Zyklus 1, das heisst vier Kinder haben ein Computer, im Zyklus 2, das heisst zwei Kinder haben ein Computer, und im Zyklus 3, das heisst jedes Kind hat einen Computer. Es wäre also gar nicht möglich gewesen. Wann es immer möglich war, hat man einen Computer abgegeben. Das Fazit aus der heutigen Sicht, die Evaluation erfolgt noch, die Betreuung der Tagesschule und der Volksschule im Fernunterricht hat funktioniert. Zum gleichen Schluss kam auch die BKD. Sie hat weiter ausgeführt, dass der Fernunterricht den Präsenzunterricht nicht ersetzen kann. Diese Aussage unterstreicht Gemeinderat Grimm Christoph auch persönlich. Er hat persönliche Erfahrung mit elf Wochen Fernunterricht gemacht. Es war ein Kribbeln zu spüren, ob die Lehrenden auch eingeloggt sind und wenn sie eingeloggt sind, ob auch etwas hängen bleibt. Wenn man elf Wochen nur ins Tablet schaut, ist es ziemlich schwierig und es ist sicherlich einiges nicht angekommen. Der GR empfiehlt dem SR, den Auftrag zu überweisen. Die Volksschulkommission ist das strategische Organ, also das Aufsichtsorgan der Schule. Wenn der Auftrag überwiesen wird, wird die Volksschulkommission kompetente Leute beiziehen und hoffentlich im Herbst und Winter die Evaluation durchführen kann, sodass der SR im Anschluss entsprechend informiert werden kann. Der SR wird gebeten, den Auftrag anzunehmen.

Stadtrat Aeschbacher Yves, namens der SP-Fraktion, dankt dem GR für die Ausführungen und dem vorliegenden Antrag. Man kann sich dem Wort von Gemeinderat Grimm Christoph anschliessen. Der Dank geht an die Lehrerinnen und Lehrer, die einen ausserordentlichen Einsatz während der Coronazeit geleistet haben, welche aber auch während des ganzen Schuljahres immer ausserordentliches leisten. Auf einen Applausaufruf wird verzichtet, weil es nichts mehr bringen würde, da die Situation der Lehrerinnen und Lehrer im Kanton Bern schon länger schwierig ist. Deshalb verzichtet man auf das Pflästerli, wie man es bei den Pflegefachpersonen versucht hat während der Coronakrise. Es wäre besser, wenn die Lohnsituation und Anstellungssituation der Lehrerinnen und Lehrer verbessert würde. Das Fazit, das der GR auf der Seite 2 zieht, ist aus Sicht der SP-Fraktion etwas vorschnell. Sicher kann gesagt werden, dass in irgendeiner Form Arbeitsmaterial für die Schüler und Schülerinnen bereit gestellt wurde, ob aber die schulische Unterstützung und damit die Aufgabe der Schulverwaltung überall erfüllt wurde, ist aktuell sicher noch offen. Der GR schreibt aber auch, dass die Schulen nicht zusätzlich belastet werden sollen. Deshalb ist die Moderation der Volksschulkommission im Herbst und Winter vorgesehen. Dieses Vorgehen ist begrüssenswert. An dieser Stelle ist es aber wichtig, ein paar Angaben zum Vergleich einzubringen. Am 2. Juli 2020 haben der GR und die Direktionen der Stadt Bern über die erste Evaluation, die durchgeführt wurde,

informiert. Es wurde festgestellt, dass der Fernunterricht nicht von allen Schülerinnen und Schülern erfolgreich bewältigt wurde. Die einen haben unterstützt durch die Eltern Zuhause effizienter gelernt als in der Schule und den Fernunterricht sogar als Chance betrachtet. Andere aber, haben sich belastet gefühlt und oder den Anschluss verloren. Erhebungen der PH Zug haben ergeben, dass 18 Prozent Schülerinnen und Schüler null bis neun Stunden pro Woche für die Schule gearbeitet haben, während knapp 50 Prozent 20 und mehr Stunden gearbeitet haben. Ein Teil der Kinder und Jugendlichen werden mit Lernfortschritten aus dem Fernunterricht herausgehen, hat das Forschungsteam eingeschätzt. Am anderen Ende der Skala werden rund ein Viertel von ihnen das zuvor gelernte wieder vergessen oder verlernt haben. Besonders die 18 Prozent Schülerinnen und Schüler mit null bis neun Stunden gelten als gefährdet. Betroffen sind vor allem Kinder aus benachteiligten Familien, bei denen die Eltern wenig Unterstützung bieten konnten und auch Zuhause nur wenig Platz zum Lernen vorhanden war. Darum wurde auch empfohlen am Anfang des Präsenzunterrichts die Lernstände der Schülerinnen und Schüler zu analysieren und basierend darauf, zu entscheiden in welchen Bereichen bestimmte Formen zur Unterstützung eingesetzt werden sollen. Rösler Dagmar vom Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz ist der Meinung, dass es noch zusätzliche Unterstützungsmassnahmen an der Schule benötigt, damit benachteiligte Kinder die Chance haben ihre Defizit wieder aufzuarbeiten. Gemäss ihrer Einschätzung kann diese nicht im regulären Unterricht aufgefangen werden. In einer Kurzumfrage des Schulamtes der Stadt Berner Schulen haben die Lehrpersonen mindestens 200 Schüler und Schülerinnen als gefährdet eingeschätzt, die im Fernunterricht den Anschluss verloren haben. Bei rund 175 Schülerinnen und Schüler sind die Schulen auf externe Unterstützung angewiesen und um das zu ermöglichen, hat die Stadt Bern das vorher bereits eingesetzte etablierte Angebot der Lernbegleitung des Gemeinnützigen Vereins eingesetzt. Im Bericht des Verbandes für Elterngremien des Kantons Zürich hat man festgehalten, dass die Kinder auf die Unterstützung der Eltern angewiesen waren um die Fernaufträge zu verstehen, zu organisieren und zu lösen. Die Menge und Art der Unterstützung variiert mit dem Alter der Kinder und der Methode der Lernperson, aber es brauchte irgendeine Form von Unterstützung. Es hat an Koordination der Lehrpersonen gefehlt. Die Lehraufträge sind auf sehr unterschiedliche Wege erteilt worden, wie zum Beispiel auf Papier oder mit der IT. Es hat keine oder kaum eine Strukturierung der Aufgaben gegeben. Der Versand ist öfters ohne Erklärungen erfolgt. Es war kein Fernunterricht in vielen Fällen, sondern Homeschooling. Fernunterricht wäre die Vermittlung des Schulstoffes durch die Lernpersonen. Homeschooling ist die Vermittlung des Unterrichtsmaterials durch die Eltern. Wer in Burgdorf wohnt und schulpflichtige Kinder hat, dürfte sich bei der einen oder anderen Aussage im Bericht aus Zürich wiederfinden. Deshalb ist es wichtig, dass bei der Evaluation auch auf die Elternsituation, vor allem auch die aus der benachteiligten Situationen, einzugehen. Die SP-Fraktion erwartet, dass bei der Evaluation detailliert auf die Situation der Stadt Burgdorf eingegangen wird. Dabei muss für alle Schulstandorte aufgezeigt werden, bei wie vielen Schülerinnen und Schüler der Anschluss verloren gegangen ist und wie man es wieder kompensieren kann. Es soll auch aufgezeigt werden, inwiefern und vor allem auch wie die Schulen dies selber leisten können oder ob externe Unterstützung beigezogen werden soll. Welche Prozesse werden durch die Bildungsdirektion erarbeitet und welche Standardabläufe werden bereitgestellt, so dass die Koordination für die Schulleitung und die Lehrerschaft gering gehalten werden kann. Ebenfalls aufgezeigt werden soll, inwiefern die IT bei der Bewältigung einbezogen werden kann. Schlussendlich muss auch aufgezeigt werden, wie und womit bei einem allfällig nächsten Lockdown die Prozesse verbessert werden können. Man hofft natürlich, dass es nicht soweit kommt. Israel hat als erstes Land nach drastisch gestiegenen Fallzahlen diesen Schritt erneut gehen müssen. Es ist jetzt eine gründliche Evaluation der ausserordentlichen Lage vorzunehmen und die entsprechenden Schlüsse zu ziehen. Dies nicht nur in den einzelnen Schulstandorten, sondern generell in der Bildungsdirektion. Die SP-Fraktion wird dem Antrag zustimmen und würde sich freuen, wenn der Rat diesem folgen würde.

Stadtrat Niffenegger Simon, namens der SVP- und EDU-Fraktion, teilt mit, dass es klar ist, dass nach einem solchen Ereignis eine Evaluation erfolgen muss. Dies während dem Ereignis und natürlich im Nachgang. Das macht jedoch das System Volksschule von sich aus und zwar die Lehrkräfte, die Schulleitung und die Verwaltung. Man sieht keinen Grund für politischen Aktionismus. Wir wollen dem System Volksschule ihre Evaluation machen lassen und zwar zum Zeitpunkt, den sie für richtig hält, und in der Tiefe, wie sie es für richtig erachtet. Man hat Vertrauen in die Volksschule. Es ist aber nicht stufengerecht, wenn wir es veranlassen. Die SVP- und EDU-Fraktion ist der Meinung, dass der SR draussen bleiben und der Volksschule ihre Arbeit machen lassen soll.

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, anerkennt bei dieser ausserordentlichen Lage, dass sehr viel und engagierte Arbeit geleistet worden ist von den Lehrpersonen wie auch den Eltern. Es ist absolut gerechtfertigt, dass eine Evaluation gemacht wird. Was aber Sorgen bereitet, ist das Tempo bei der Sache. Die GLP-Fraktion unterstützt die Evaluation, aber bereits jetzt weiss man um die Problematik. Stadtrat Aeschbacher Yves hat dazu detailliert darauf hingewiesen aus verschiedenen Studien und Städten. Auch in Burgdorf gibt es bereits Informationen. Der Verein Lerntreff wurde bereits im Lockdown aktiv und hat eine Auswertung gemacht. Diese Auswertung hat die GLP-Fraktion erhalten und Gemeinderat Grimm Christoph ist ebenfalls im Besitz dieser. Diese Auswertung hat gezeigt, dass die Schwächsten weiter abgehängt werden. Das kann zu einem Problem werden, wenn man nicht eingreift und da muss man auch nicht auf die Evaluation warten. Man kann bereits heute mit geeigneten Mitteln entsprechend reagieren. Die GLP-Fraktion erwartet vom GR und der Volksschulkommission, dass man auf die bekannten und kritischen Punkte bereits eingeht. Die Evaluation wird von der GLP-Fraktion unterstützt. Ein bisschen Gas geben, ist sicherlich nicht falsch.

Stadträtin Bossard-Jenni Tabea, namens der EVP, begrüsst, dass ein Bericht die ausserordentliche Lage aufarbeitet. Die Chancengleichheit ist sehr wichtig. Falls es eine zweite solche ausserordentliche Lage oder etwas Vergleichbares gibt, ist es wichtig, dass aus den Fehlern oder den Sachen, die nicht optimal gelaufen sind, gelernt werden kann. Schwächere Kinder müssen in einem zweiten Fall punktuell besser unterstützt werden können. Die EVP wird dem Antrag zustimmen.

Abstimmung

Annahme des Auftrages

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 27 Ja und 12 Nein Stimmen bei 1 Enthaltung den Antrag.

SRB: 2020-373 | Registratur-Nr. 1.10.1000.74

Auftrag FDP-Fraktion betreffend die Öffentlichkeit der Stadtratssitzungen

Verhandlung

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass ein Teil des Auftrages bereits überholt ist. Die Ziffer 1 betreffend Öffentlichkeit der Stadtratssitzungen gilt seit der Juni-Sitzung wieder. Man hofft, dass es keine zweite Welle geben wird, die es wieder verunmöglichen würde. Die Ziffer 1 ist deshalb obsolet. Die Ziffer 2 betreffend einer Livestream Übertragung der Stadtratssitzung ist zwar ein schönes Anliegen, aber angesichts der geringen Anzahl Besucher wäre es übertrieben. Die Kosten für einen

Livestream wären zwischen Fr. 10'000.-- und 20'000.--, je nachdem wie lange die Sitzung dauert. Die Forderung in der Ziffer 3 betreffend dem Stadtratsprotokoll innerhalb einer Woche ist nicht realistisch. Das Protokoll muss geschrieben werden und das braucht seine Zeit. Ein Wortprotokoll zu erstellen, bei einer dreistündigen Sitzung, braucht eine gewisse Zeit. Das Stadtratsprotokoll wird zudem vorgängig noch vom Stadtratspräsidium gelesen und korrigiert. Die Forderung ist deshalb ein Ding der Unmöglichkeit. Es ist unmöglich, dass Protokoll innerhalb einer Woche in der genug grossen Seriosität zu erstellen. Der GR beantragt deshalb, Nichteintreten soweit die Stadtratssitzung vom Juni und September betroffen sind. Im Übrigen und für die kommenden Stadtratssitzungen lehnt der GR den Auftrag ab.

Stadtrat Stettler Andreas, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass die Wirkung das Entscheidende ist. Die Sitzung im Juni war bereits wieder öffentlich. Ein Blick zu den Besuchern zeigt, dass die Sitzung wohl wirklich nicht so spannend ist. Es ist aber ein gutes Zeichen, dass man die Demokratie, auch auf Gemeindeebene, miterleben kann. In anderen Ländern ist eine direkte Demokratie nicht möglich. Die FDP-Fraktion erklärt sich von den Antworten befriedigt und unterstützt die Anträge des GR.

Stadtrat Käsermann Fabian möchte wissen, warum die Eintretensfrage nicht gestellt wurde.

Stadtratspräsident von Arb Peter informiert, dass bei Aufträgen die Eintretensfrage generell nicht gestellt wird. Das wird aus formellen Gründen nicht gemacht.

Stadträtin Zingg Righetti Sybille, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man dem Antrag des GR zustimmt. Beim Votum von Stadtpräsident Berger Stefan wurde ausgeführt, dass der Livestream Fr. 20'000.-- pro Sitzung kosten würde. Die SP-Fraktion ist sich einig, dass die Kosten in keinem Verhältnis zum Nutzen stehen, wenn man sieht, wie gering das Interesse an der Sitzung ist und wie wenig Besucher anwesend sind. Im SR hört man ständig, vor allem vom Auftraggeber, dass man sparen soll. Hier kann man jetzt sparen.

Stadtrat Schärf Philipp, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass der Auftrag inspiriert hat und an ein ehemaliges Anliegen der GLP-Fraktion erinnert hat. Die GLP-Fraktion spricht sich gegen einen Livestream aus, weil es zu teuer wäre und die Nachfrage auch nicht vorhanden ist. Man will aber beliebt machen, darüber nachzudenken, vor allem weil die digitale Abstimmung bei der Stadt Burgdorf immer noch evaluiert wird, dass Synergien genutzt werden und öffentlich gemacht wird wer wie abgestimmt hat. Die Bevölkerung würde das Abstimmungsergebnis sicherlich interessieren.

Stadtratspräsident von Arb Peter möchte wissen, ob über die Anträge gemeinsam abgestimmt werden kann. Gemäss Stillschweigen kann über die Anträge gemeinsam abgestimmt werden.

Abstimmung

1. Nichteintreten, soweit der Auftrag die Stadtratssitzungen vom 22. Juni und 14. September 2020 betrifft, und im Übrigen
2. Ablehnung.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 39 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung die Anträge.

SRB: 2020-374 | Registratur-Nr. 1.10.1000.74

Auftrag Tabea Bossard-Jenni und Esther Liechti (EVP) betreffend Charta Sozialhilfe

Verhandlung

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderätin Gübeli Charlotte dankt der EVP für den eingereichten Auftrag. In der Sozialdirektion war man extrem schnell unterwegs. Bereits anderthalb Monate später hat der GR den Auftrag, die Charta Sozialhilfe zu unterzeichnen, angenommen. Die Stadt Burgdorf lebt schon immer nach den Grundsätzen der Charta Sozialhilfe. Es ist eine gute Sache, wenn die Stadt Burgdorf dabei ist.

Stadträtin Bossard-Jenni Tabea, namens der EVP, ist erfreut, dass das Anliegen positiv aufgenommen wurde und der GR bereits aktiv wurde und die Charta Sozialhilfe unterzeichnet hat. Die Stadt Burgdorf bekennt sich damit zu den Grundsätzen, die sie bereits lebt. Die EVP begrüsst es und dankt dafür.

Abstimmung

Der Auftrag wird angenommen und abgeschrieben.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 40 Ja Stimmen den Antrag.

SRB: 2020-375 | Registratur-Nr. 1.10.1000.72

Postulat Esther Liechti-Lanz und Tabea Bossard-Jenni (EVP) betreffend Foodwaste in Grünabfuhr

Verhandlung

Gemeinderat Rappa Francesco dankt den Postulanten für den Vorstoss. Der Vorstoss behandelt zwei Themen, die diametral zu einer Lösung beitragen sollen, nämlich der Lebensmittelverschwendung. Das Problem von Foodwaste könnte sich sogar noch zuspitzen und das ist sicher nicht die Absicht der Postulanten. Der Vorstoss soll das Problem von Foodwaste doppelt lösen und zwar einerseits durch die Reduktion der Lebensmittelverschwendung und andererseits die Biogasproduktion unterstützen. Das Problem der Lebensmittelverschwendung soll ins Zentrum gerückt werden. Foodwaste ist ein leidiges, wenn nicht sogar beschämendes Thema von unserer zivilisierten Welt. Die verursachte Lebensmittelverschwendung ist bedenklich, unverantwortlich und dazu noch äusserst schädlich für Mensch und Natur. Wir alle stehen hier ganz klar in der Verantwortung und in der Pflicht, einen ersichtlichen Beitrag zur Situation zu leisten. Mit dem vorliegenden Prüfauftrag geht es aber nicht in die richtige Richtung. Das Problem Foodwaste wird nicht gelöst, indem wir der Bevölkerung die Möglichkeit geben, die durch sie verursachte Lebensmittelverschwendung in der Grünabfuhr verschwinden zu lassen. Das Foodwaste zu lösen, indem man es einfach entsorgt respektive verbrennt und per exgüsi zu Biogas verarbeitet, kann und soll auch nicht die Lösung sein. Man würde damit nicht die Verschwendung eindämmen, im Gegenteil, man würde die verantwortungslosen Bürgerinnen und Bürger sogar noch anregen, sich noch verschwenderischer zu verhalten. Ist das wirklich Sinn der Sache? Ist das wirklich die Absicht der Postulanten? Dem ist wohl nicht so. Die Abfuhr von Grüngut findet wie in der Stadtratsvorlage ersichtlich, in einem klar definierten Turnus statt. Im Winter einmal pro Monat und in den übrigen Monaten im 14-tägigen Turnus. Der Grund ist relativ einfach und zwar aufgrund

der Temperatur und der Hygiene. Wenn wir nun Speisereste zulassen würden, müsste die Abfuhr mindesten einmal pro Woche durchgeführt werden, weil man sonst definitiv ein Hygieneproblem hätte. Die Detailgründe und die damit verbundene Kostenfolge sind in der Stadtratsvorlage aufgeführt. Die Entsorgungsstelle ist laufend daran, das Angebot zu überprüfen. Gemeinderat Rappa Francesco möchte, sofern er im nächsten Jahr noch dabei sein kann, das Abfuhrwesen, also das Abholen von Hauskehricht, Altpapier, Karton, Sperrgut, Plastik, etc. vereinfachen und das wenn immer möglich ohne die Gebühren zu erhöhen. Man will jeden Tag auf dem gesamten Stadtgebiet eine Abfuhr organisieren wie zum Beispiel am Montag Hauskehricht, am Dienstag Grüngut und am Mittwoch Plastik. Man ist daran, das auf die Beine zu stellen. Das aber immer unter der Prämisse keiner Kostenfolge und nicht mehr Ressourcen zu verwenden. Die wichtigste Botschaft des GR und vor allem auch der konstruktivste Weg ist, nicht die Verantwortung abschieben, sondern die Quartierleiste werden aufgerufen, das Kompostthema wieder selber in Angriff zu nehmen. Die Quartierleiste kennen die Situation in den Quartieren bestens. Die einzelnen Quartiere haben nicht die gleichen Voraussetzungen. Es sollen, wo es sie noch nicht gibt, Quartierkompostplätze geschaffen werden. Das Ressort Tiefbau und der Werkhof sind gerne bereit, das nötige Wissen zur Verfügung zu stellen und wo nötig auch zu unterstützen. Der GR lehnt aus den erwähnten Gründen das Postulat ab.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP, dankt Gemeinderat Rappa Francesco für seine Ausführungen. Es war nie die Idee, dass die Leute in Burgdorf noch mehr dazu animiert werden Foodwaste so zu entsorgen. Die Idee bezüglich Quartierkompostplätze ist sehr begrüssenswert. Es ist jedoch sehr umstritten, Essensrest zu kompostieren. Wir wissen alle, der schlecht geplante oder umfangreiche Einkauf sowie überschreiten des Mindesthaltbarkeitsdatum aufgrund eines Überangebotes oder der Klassiker das Rüeblli ist zu krumm, die Salatgurke zu lang oder der Blumenkohl zu schwer, führt dazu, dass in unseren Breitengraden immense Lebensmittelabfälle entstehen. Jedes Lebensmittel braucht Ressourcen entlang der Wertschöpfungskette. 30 Prozent der global verfügbaren Energie wird für die Lebensmittelproduktion verbraucht. Im Mai 2019 hat die EVP in der Hofstatt eine Matinee zum Thema Foodwaste organisiert. Eine der Podiumsteilnehmerin war die damalige Stadtratspräsidentin Lüthi-Kohler Barbara. Sie hat betont, wie wichtig die Sensibilisierung und Wissensvermittlung zu diesem Thema ist. Beim vorliegenden Postulat ging es darum, anzustossen Foodwaste produktiv zu nutzen. Ein regionales Beispiel liefert die Compogas AG in Utzenstorf. Die EVP hatte die Idee, dieses Angebot auch zu nutzen. Es stimmt was der GR schreibt. Hauptsächlich und der wichtigste Punkt ist, dass jedes von uns kann den Unterschied machen. Dieser Aussage kann die EVP zustimmen. Nichtsdestotrotz möchte die EVP am Postulat festhalten. Man gibt zu, dass man damit auf Zeit spielen will. So wie organischer Abfall Zeit braucht bis daraus Wärme, Energie oder Komposterde entsteht, glaubt die EVP, dass es die Zeit von zwei oder drei Jahren braucht, so lange ein Postulat hängig bleibt. So können neue und kreative Ideen, Lösungen und Prozesse in Burgdorf zum Thema Foodwaste entstehen. Es wäre nicht das erste Mal, dass die Stadt Burgdorf in einem Bereich eine Vorreiterrolle einnimmt.

Stadtrat Biedermann Peter, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man grundsätzlich das Anliegen der EVP versteht. Essensreste und Backwaren sollten wirklich nicht im Abfall landen. Biogas aus Essensresten ist naheliegend, allerdings wäre es viel besser, wenn es gar keine Essensabfälle gäbe die man entsorgen muss. Aktionen zur Vermeidung von Essensabfällen und die Sensibilisierung der Bevölkerung sind ein wichtiger Schritt gegen die Entsorgung von Essensresten im Grüngut. Dies führt, wie von Gemeinderat Rappa Francesco ausgeführt, auch zu hygienischen Problemen. Die SP-Fraktion folgt dem GR und kann das Postulat nicht unterstützen.

Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara, namens der SVP-Fraktion, bleibt bei ihrer Aussage wie von Stadträtin Liechti-Lanz Esther in ihrem Votum erläutert. Trotzdem kann das Postulat nicht unterstützt werden. Man teilt das Ziel, aber man möchte mit anderen Instrumenten zum Ziel gelangen.

Stadtrat Merz Adrian, namens der Grünen-Fraktion, teilt mit, dass man das Postulat eingehend diskutiert hat, weil Foodwaste auf dem Parteiprogramm steht. Es sollte eigentlich kein Foodwaste geben. Man erkennt die Problematik von beiden Seiten. Einerseits sollte Foodwaste möglichst verhindert werden. Wenn man nun eine Infrastruktur aufbaut, um Foodwaste besser verarbeiten zu können, was löblich ist, schafft man jedoch eine Infrastruktur, die der Infrastruktur die Ressourcen wieder entzieht. Die Grünen-Fraktion hat Stimmfreigabe beschlossen, weil so sinnvoll es ist, wurde man sich nicht einig, ob der Vorstoss unterstützt werden soll.

Abstimmung

Ablehnung des Postulates

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 32 Ja und 4 Nein Stimmen bei 4 Enthaltungen den Antrag.

SRB: 2020-376 | Registratur-Nr. 1.10.1000.72

Postulat SP-Fraktion betreffend Gestaltung eines Bänkliweges in Burgdorf

Verhandlung

Stadtpräsident Berger Stefan dankt für das Postulat betreffend Bänkliweg. Die Geschichte des Bänkliweges ist in der Vorlage aufgeführt. Es gibt bereits eine Zusammenstellung von verschiedenen Bänkli unter bankkultur.ch. Nichts destotrotz nimmt man das Postulat an und wird abklären, wie und in welcher Form ein geeigneter Rundweg aufgenommen und auch touristisch vermarktet werden kann. Es könnte im Zusammenhang mit dem Schloss Burgdorf oder mit der touristischen Aufwertung der Stadt Burgdorf einige Leute interessieren. Das eignet sich auch gut für die Digitalisierung. Der GR nimmt das Postulat gerne entgegen.

Stadtrat Niffenegger Simon, namens der SVP- und EDU-Fraktion, teilt mit, dass es im Stadtratsreglement kein Passus gibt, der vorschreibt wie viele Vorstösse eine Fraktion pro Sitzung einreichen muss. Aber anscheinend geistert dieser Irrtum umher. Wie ist es sonst zu erklären, dass in der grössten Wirtschaftskrise seit der 30-iger Jahren mitten im gesellschaftlichen Stillstand ein Vorstoss eingereicht wird, beim dem es um Sitzgelegenheiten in freier Natur geht. Die Politik, die Wirtschaft und die Verwaltung haben nun wirklich besseres zu tun als sich um Bänkli zu kümmern. Die SVP- und EDU-Fraktion lehnen das Postulat ab.

Stadtrat Kämpf Jürg, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass auf das Bänkliprojekt niemand gewartet hat, auch nicht das Burgdorfer Stadtmarketing. Sitzbänkli in Ehren, aber dieses Projekt als weiteres interessantes Freizeitangebot zu bezeichnen, ist an den Haaren beigezogen. Zutreffend ist die Ahnungslosigkeit wer das Projekt wie unterstützen soll. Die SP-Fraktion und der GR sind in der Stadtratsvorlage einig und betonen, wie wichtig es ist, dass irgend eine private externe Trägerschaft inklusive dem Unterhalt das Angebot unterstützen soll. Zudem soll irgendjemand die Bänkliauswahl treffen und diese personifizieren sowie die Namensgebung bestimmen. Sollte sich dann niemand für

das Geschäft begeistern, kommt einem die liebe Burgergemeinde in den Sinn. Es ist schleierhaft, wie man so etwas unterstützen kann. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Stadtrat Schaffer Manfred, namens der SP-Fraktion, dankt dem GR für die Ausarbeitung der Vorlage. Ein spezieller Dank geht an das Marketing und Stadtpräsident Berger Stefan für seine Ausführungen. Das Projekt ist bereits etwas älter und hat zudem einige Stufen durchlaufen. Es wurde noch vor der Coronazeit gestartet und ist jetzt mit der Beantwortung in diese Zeit gekommen. Man sieht in diesem Projekt eine Chance mit vernünftigem Aufwand etwas für das gute Zusammenleben innerhalb der Stadt Burgdorf zu machen. Man muss sich bewusst sein, dass die Generation, die jetzt noch im Erwerbsleben ist, werden auch älter. Die Bänkligeschichte soll ein Anstoss sein mit jungen, mittleren und älteren Personen zu kommunizieren und auszutauschen. Der finanzielle Aufwand ist überschaubar. Es ist eine Chance sich als soziale, moderne und attraktive Stadt zu präsentieren. Die SP-Fraktion hält am Postulat fest.

Stadträtin Bossard-Jenni Tabea, namens der EVP, teilt mit, dass es eine schöne Idee ist, aber es wurde auch negativ ausgefasst. Ist jemand schon einmal vom Faulensee nach Spiez gelaufen? Es ist eine sehr schöne Promenade und es hat unzählige Bänkli. Bei jedem Bänkli kann gelesen werden wer es gesponsert hat. Es war eine coole Sache. In Burgdorf sind bereits viele Bänkli vorhanden. Es ist nicht so, dass man hunderte von zusätzlichen Bänkli aufstellen muss. Die Bänkli werden bereits heute unterhalten. Das Projekt ist nicht so negativ wie in den vorherigen Voten geäußert wurde. Die EVP wird dem Postulat zustimmen.

Abstimmung

Annahme

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 20 Ja und 19 Nein Stimmen bei 1 Enthaltung den Antrag.

SRB: 2020-377 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

Dringliche Interpellation SP-Fraktion betreffend Verschlechterung der Chancengerechtigkeit in der Volksschule Burgdorf durch Covid-19

Verhandlung

Seitens des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtrat Aeschbacher Yves, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass seine Ausführungen zu den Berichten in Bern und Zürich bereits im Votum zum Auftrag platziert. Diese zeichnen ein anderes Bild als man in der Vorlage zur Interpellation lesen kann. Man geht nicht davon aus, dass Burgdorf gänzlich anders unterwegs ist als die ähnlichen Städte. Bei der Rücklaufquote bleibt die Antwort vage. Was ist der Rücklauf im Rahmen vom normalen Unterricht und ist er dort tatsächlich auch schlecht? Es wurde auch ausgeführt, dass kaum neuer Stoff verarbeitet worden ist. Da würde man sicher ein paar Eltern finden, die diese Aussage bestreiten. Es gibt doch nach den Frühlingsferien diverse neue Lerneinheiten, die durch die Eltern vermittelt werden mussten. Stichwort dazu Homeschooling, nicht Fernunterricht. Der Verein Lerntreff unterstützt Schulkinder in der Stadt Burgdorf, welche von den Eltern weniger Unterstützung erhalten. Der Bericht des Vereins kommt zu einer anderen Erkenntnis. Während dem Lockdown wurden 27 Schüler und Schülerinnen betreut. Da die Nachfrage und der Lernstoff der

Schulen nach den Frühlingsferien stark angestiegen ist, hat der Lerntreff die Zusammenarbeit mit der Quartierarbeiterin der reformierten Kirche erweitert. Zwei Sozialpädagoginnen und Sozialarbeiter haben den Lerntreff noch zusätzlich unterstützt mit rund 70 Stunden pro Woche. Nach der Schulschliessung haben 21 Kinder aus dem Einzugsgebiet Pestalozzi, Gotthelf und Schlossmatt Wissenslücken ausgewiesen, da sie nur durch den Lerntreff in den angebotenen ein bis zwei Stunden unterstützt werden konnten. Auch hier divergent die Einschätzung, die dem GR vorliegt. Es ist sicher schön, wenn ein paar Kinder einen Sprung machen konnten, aber es gab auch Kinder, die zu wenig Unterstützung hatten. Einige Beispiele dazu. Ein Kind konnte nicht Zuhause lernen, weil es eine Leseschwäche hat und niemand helfen konnte. Ein Kind hatte keinen Computer und Drucker. Ein Kind konnte Zuhause nicht oder nicht gut lernen, weil acht Personen in einer 3-Zimmer-Wohnung wohnen. Im Moment werden im Lerncoaching und im Hausaufgabentreff vom Lerntreff und der reformierten Kirche rund 30 Kinder betreut. Aus finanziellen und zeitlichen Ressourcen können nicht alle Kinder betreut werden. Die Antworten sind aus Sicht der SP-Fraktion sehr kurz und inhaltlich eher dünn. Es scheint, als ob die Bildungsdirektion nur die Sonnenseite aufzeigen will. Anderen Orten hat man Auswertungen zu diversen Inhalten gemacht und die Strategie aufgezeigt. An dieser Stelle wird die Aussage von Stadtrat von Känel Ulrich wiederholt, ein bisschen mehr Speed wäre nicht schlecht. Jeder Tag der verstreicht ohne die auftretenden Wissenslücke zu schliessen, ist ein Tag zu viel. Es geht um die Ausbildung unsere Schüler, die sich Bildungsstadt bezeichnet. Man ist froh, wurde der Auftrag angenommen, aber bei der Interpellation ist man nicht befriedigt.

Beschluss

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme nicht befriedigt.

SRB: 2020-378 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

Interpellation GLP-Fraktion betreffend Recycling oder Entsorgung

Verhandlung

Seitens des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtrat Thompson Ian, namens der GLP-Fraktion, dankt dem GR für die Informationen. Kunststoff ist sehr leicht. Es ist schön, dass bis zu 20 Tonnen von 3'000 Tonnen, weniger als 0.6 Prozent getrennt und recycelt wird. Es ist eine gute Sache. Man möchte in Zukunft gerne wissen, wie sich die Kehrriichtmenge entwickelt wie zum Beispiel bei Glas, Petflaschen und der Grünabfuhr. Viele Themen heute Abend waren in diesem Sinn oder hatten eine Verbindung zu Kehrriicht und Umwelt. Diese Angaben könnten im Kompass oder Jahresbudgetbericht über einige Jahre aufgeführt werden.

Beschluss

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

SRB: 2020-379 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

Interpellation BDP-Fraktion betreffend Fahrzeuge mit strombasierten alternativen Antrieben

Verhandlung

Seitens des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtrat Aebi Roger, namens der BDP-Fraktion, dankt für die Stellungnahme des GR und erklärt sich teilweise befriedigt. Man hat mehr Informationen zu der Co² Belastung erwartet, die auf dem Stadtgebiet der Stadt Burgdorf ausgestossen wird. Es sind noch zusätzliche Fragen in den Sinn gekommen, deshalb wird nachträglich eine weitere Interpellation spezifisch zum Thema verfasst.

Beschluss

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme teilweise befriedigt.

SRB: 2020-380 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Verhandlung

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse und Aufträge eingereicht:


- Überparteilicher Auftrag SP, Grüne und EVP betreffend Anpassung der Eigentümerstrategie der Localnet AG
- Dringliches Postulat SP-Fraktion betreffend Prüfung Direktaufnahme Geflüchteter aus Moria, Forderung nach einer nationalen Konferenz und das Stoppen von Rückweisungen der Dublinfälle nach Griechenland (Das Stadtratsbüro stimmte der Dringlichkeit zu.)
- Postulat Esther Liechti-Lanz und Tabea Bossard -Jenni (EVP) betreffend «Verkehrskreisgestaltung durch Burgdorfer Firmen»
- Interpellation SP-Fraktion betreffend Erreichbarkeit der Burgdorfer Notfallorganisationen bei einem Swisscom-Netzausfall
- Interpellation BDP-Fraktion betreffend CO² neutraler öffentlicher Verkehr in der Stadt Burgdorf

Stadträtin Liechti-Lanz Esther teilt mit, dass an der letzten Stadtratssitzung vom 22. Juni 2020 die Sanierung und Umgestaltung der Thunstrasse traktandiert war. In ihrem Votum hat Stadträtin Liechti-Lanz Esther gesagt, dass es zwischen der Strasse und den Privatgärten Betonmauern hat, weil sie das so auf dem Plan gesehen hat. Sie wurde darauf aufmerksam gemacht, dass diese Aussage nicht stimmt und es auch so nicht geplant ist. An dieser Stelle entschuldigt sie sich für ihre Aussage bei der Baudirektion und dem SR.

Stadtratspräsident von Arb teilt mit, dass Rössler Andreas in der Zwischenzeit anwesend ist. Er und der Vorsitzende laden den SR zum Schlummertrunk in der Markthalle ein. Der Vorsitzende wünscht einen schönen Abend und eine gute Zeit.

Burgdorf, 9. Oktober 2020

Namens des Stadtrates:


Peter von Arb
Stadtratspräsident


Brigitte Henzi
Protokollführerin